

# Umweltausschuss

## Protokoll Nr. UA/05/2024

**über die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 08.05.2024,  
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 20:45 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke

#### **Stadtverordnete/r**

Frau Elke Dullweber

Herr Marten Koop

Herr Arthur Klaus Korte

Herr Christian Schmidt

Herr Tim Schoon

ab 19:36 Uhr

i. V. f. Frau Knaack

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Frau Sibylle von Rauchhaupt

i. V. f. Herrn Wagner

#### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Rolf Griesenberg

Herr Béla Randschau

Frau Alicia Gärtner

Kinder- und Jugendbeirat

#### **Verwaltung**

Herr Peter Kania

Frau Stefanie Kubitza

Frau Claudia Cornehl

Protokollführerin

### **Entschuldigt fehlt/fehlen**

#### **Stadtverordnete/r**

Frau Michaela Knaack

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Julian Wagner

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2024 vom 13.03.2024
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
  - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO  
- k e i n e -
  - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 6.2.1. Neubau Kinderspielplatz Lilienweg
    - 6.2.2. Neubau Kinderspielplatz Forsthof Hagen
    - 6.2.3. Neubau Kinderspielplatz Ahrensfelde
    - 6.2.4. Parkbank Wanderweg Kirschplantage
7. Antrag der SPD auf ein allgemeines Böllerverbot zu Silvester **AN/025/2024**
8. „EU-Umgebungslärmrichtlinie 4. Stufe - Lärmaktionsplanung/Beschluss zur Offenlage“ **2024/011/1**
9. Anfragen, Anregungen, Hinweise
  - 9.1. Aalfangpark, öffentlicher Grillplatz
  - 9.2. Öffentliche Grünfläche im Waldemar-Bonsels-Weg/Rantzaustraße
  - 9.3. Straßenbaum im Bereich Ladestraße
  - 9.4. Müllgefäße im Bereich des Wochenmarktes/Rathausplatz
  - 9.5. Ausbau der PV-Anlagen auf öffentlichen Liegenschaften
  - 9.6. Toilettenanlage unter dem Rathauspavillon
  - 9.7. Baumaßnahmen im Bereich „Alte Reitbahn“

9.8. Parkplatzfläche des ALDI-Neubaus in der Bogenstraße

9.9. Verbot von Schottergärten

9.10. Brandruine „Hagener Allee 1“

## 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der UA-Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

## 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses ist gegeben. Die Einladungen zur Sitzung erfolgten form- und fristgerecht.

## 3. Einwohnerfragestunde

Nach Sichtung des veröffentlichten aktuellen Forstbewirtschaftungsplanes ergeben sich für Herrn Furken nachstehende Fragen:

1. Dass nicht alle (auch temporäre) Laichgewässer des Kammmolches (und anderer Amphibien) aufgeführt sind.
2. Dass der für die Waldbewirtschaftung vorteilhaftere kleine Wanderradius des Kammmolches von lediglich 100 m eingetragen ist. Statt des mittlerweile wissenschaftlich nachgewiesenen Radius von mindestens 500 m.
3. Dass zusätzlich diverse archäologische Bodendenkmäler wie z. B. bronzezeitliche Hügelgräber (mind. 72 Stück) nicht eingetragen sind.

Ergänzend weist Herr Furken darauf hin, dass die Maßnahmen für den Ersatzbau der GS Am Hagen bereits begonnen haben. Wurde für den Ersatzbau eine UVP durchgeführt? Wenn ja, welche Maßnahmen wurden zum Schutz des FFH-Gebietes getroffen.

Das gesamte Schreiben ist dem Protokoll in **Anlage** beigelegt.

Der Vorsitzende antwortet auf den ersten Punkt, dass er die Kritik des Fragestellers teile. Seiner Ansicht nach basiert das Forstbewirtschaftungskonzept auf dem FFH-Managementplan der Landesregierung. Dieser ist dringend überarbeitungsbedürftig. Der Vorsitzende bemüht sich, gemeinsam mit dem Verein Jordsand bei den Naturschutzbehörden darum, dass eine Evaluation möglichst bald in die Wege geleitet wird. Bis dahin muss sich der Förster an die bisher geltenden Richtlinien halten.

Herr Kania antwortet auf den zweiten Punkt, dass alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Amphibien getroffen würden.

Die Verwaltung wird für die übrigen Fragen um Beantwortung gebeten.

**Herr Siemers** erfragt in Zusammenhang mit der Offenlage des Lärmaktionsplanes, dass weitere Vorgehen. Aus seiner Sicht bestehen Unstimmigkeiten z. B. im Bereich der von Bürgern eingereichten Rückmeldungen der Frageaktion.

Die Verwaltung antwortet hierzu, dass eine Abwägung im Rahmen des Ausschusses, nach Vorbereitung durch die Arbeitsgruppe, erfolgt.

Herr Siemers lobt sehr den Vortrag von **Herrn Randschau** beim Erörterungstermin der Bahn.

Weitere Fragen werden nicht gestellt, sodass der Ausschussvorsitzende die Einwohnerfragestunde schließt.

#### **4. Festsetzung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 24.04.2024 vorgeschlagene Tagesordnung und teilt mit, dass die TOPs 7 sowie 9 entfallen. Weitere Änderungswünsche bzw. Bedenken gibt es nicht, sodass der Vorsitzende über die geänderte Tagesordnung abstimmen lässt.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Der Umweltausschuss hat insofern mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

## 5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 03/2024 vom 13.03.2024

Herr Randschau weist darauf hin, dass unter dem **TOP 5** im Absatz 2 im 7. Satz neben Deutschland auch die Stadt Ahrensburg erwähnt werden sollte.

Gleichzeitig bittet er unter dem **TOP 6.3.** um Änderung des 2. Satzes hinsichtlich der jetzt nachgereichten Präsentation, welche zwischenzeitlich den Fraktionen zugesandt wurde.

Er bemängelt, dass lt. Protokoll die Unterlagen zur Wärmeplanung auf dem Stormarnplatz nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Das ginge so nicht. Die jetzt bei der gemeinsamen Sitzung BKSA und UA gezeigte Präsentation wird daher dem Protokoll dieser Sitzung in **Anlage** beigelegt.

Weitere Einwendungen gibt es nicht; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

## 6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

### 6.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *keine* —

### 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

#### 6.2.1. Neubau Kinderspielplatz Lilienweg

Ende Mai bis Anfang Juni 2024 wird die bisherige Spielplatzausstattung abgeräumt und unmittelbar anschließend der Neubau ausgeführt. Die Eröffnung wird voraussichtlich Mitte August erfolgen. Das auf dem Spielplatz vorhandene Karussell wird auf dem neu gestalteten Platz wiederverwendet.

### **6.2.2. Neubau Kinderspielplatz Forsthof Hagen**

Am 07.05.2024 um 15:30 Uhr wird der KiJuB mit dem FD IV.5 ein Beteiligungsverfahren auf dem Spielplatz Forsthof Hagen durchführen. Dazu wurden alle Kinder in einem Radius von 400 m um den Spielplatz eingeladen.

Die Verwaltung bittet um Mitteilung, ob der bereits in der BPA-Sitzung am 07.02.2024 vorgestellte Bericht hier noch einmal zusammenfassend vorgetragen werden soll bzw. der Anhang an diese Niederschrift auskömmlich ist.

### **6.2.3. Neubau Kinderspielplatz Ahrensfelde**

Für den 22.05.2024 um 15:30 Uhr ist ein Beteiligungsverfahren auf dem Spielplatz Ahrensfelde geplant. Die Einladungen werden etwa 14 Tage vor der Veranstaltung versendet.

### **6.2.4. Parkbank Wanderweg Kirschplantage**

In der UA-Sitzung am 13.09.2023 wurde angeregt, eine Parkbank am Wanderweg Kirschplantage aufzustellen. Die Parkbank wurde mittlerweile am südlichen Abschnitt des Wanderweges eingebaut.

Der Bücherschrank am nördlichen Wegeabschnitt verfügt über eine integrierte Bank. Weitere Sitzbänke sind auf den Kinderspielplätzen Kirschplantage Nord und Süd vorhanden.

Die Berichte werden vom Gremium zur Kenntnis genommen.

## 7. Antrag der SPD auf ein allgemeines Böllerverbot zu Silvester

Die Mitglieder des Ausschusses danken zunächst für die bereits erfolgte Stellungnahme der Verwaltung. Diese wurde vorab gebeten, ein allgemeines Böllerverbot an Silvester zu prüfen. Die Stellungnahme des Fachdienstes zur rechtlichen Zulässigkeit eines allgemeinen Böllerverbots an Silvester ist diesem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Die Verwaltung wird gebeten, weitergehend zu prüfen, ob eine Ausweitung der Umkreise in denen Pyrotechnische Gegenstände der Klasse II (Kleinfeuerwerke) abgebrannt werden dürfen bzw. die zeitliche Einschränkung ausgeweitet werden können.

Ein Ausschussmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt an, dass in der Stellungnahme im Absatz 3 unter Punkt 2 zwar der Hinweis zu dichtbesiedelten Gemeindeteilen erfolgte, jedoch die Stellungnahme nicht auf die, aus seiner Sicht vorliegende dichte Besiedelung wie z. B. Reeshoop, Innenstadt oder der Bereich Gartenholz und Erlenhof, näher eingeht.

Hier wird die Verwaltung um Überarbeitung der Stellungnahme gebeten.

Bei der im Absatz „Auch die Ausweitung der bestehenden Verbotszonen ... wäre unverhältnismäßig und daher rechtlich nicht zulässig.“ möge bitte durch die Verwaltung beantwortet werden, ob es ein Recht auf Böllern gibt bzw. wo dieses Recht verankert ist.

Die Stellungnahme wird im Gremium zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird einstimmig gebeten, das Thema „Böllerverbot“ auf dem Städte- und Gemeindetag vorzubringen und erörtern zu lassen, um herauszufinden, ob es hierzu vielleicht landes- oder bundesweit eine Zustimmung geben könne, um ggf. mit weiteren Gemeinden gemeinsam eine entsprechende Initiative zur Erweiterung der Regelungskompetenz zu erhalten.

8. **„EU-Umgebungslärmrichtlinie 4. Stufe - Lärmaktionsplanung/Beschluss zur Offenlage“**

Nach einleitenden Worten des Ausschussvorsitzenden wird der Beschlussvorschlag aus **2024/011/1** verlesen und wie folgt abgestimmt:

- a) Die Maßnahmen „Nord- bzw. Südtangente“ werden aus der Fortschreibung der Lärmaktionsplanung gestrichen.
- b) Die Maßnahme 13 „Hinwirken auf häufigere Polizeikontrollen bzgl. Geschwindigkeitseinhaltung, falls Kapazitäten vorhanden“ wird dahingehend ergänzt, dass die Kontrollen auch so genannte Autoposer umfassen sollen

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Hiernach erläutert der Ausschussvorsitzende den Sachverhalt der Ergänzung aus der Vorlage Nr. 2024/011 und bittet den UA um Kenntnisnahme.

Im Anschluss lässt der Ausschussvorsitzende nochmals über den im UA 02/2024 gefassten Beschluss abstimmen. Der Empfehlung des BPA wird somit nicht gefolgt.

**Abstimmungsergebnis: 4 dafür  
3 dagegen**

Abschließend wird über die Offenlage der 4. Stufe des Lärmaktionsplanes abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

## **9. Anfragen, Anregungen, Hinweise**

### **9.1. Aalfangpark, öffentlicher Grillplatz**

Im Bereich des Parks wurden neue Sitzbänke aufgestellt. Hierbei wurden die notwendigen Mülleimer nicht installiert. Im Besonderen im Bereich rund um den Grillplatz sollte den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, den Müll fachgerecht zu entsorgen. Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit dem Bauhof die Ausstattung und Leerung der Gefäße im gesamten Parkgelände noch einmal zu überprüfen. Gleichzeitig möge die Verwaltung ein entsprechendes Hinweisschild zur Müllentsorgung aufstellen lassen.

### **9.2. Öffentliche Grünfläche im Waldemar-Bonsels-Weg/Rantzaustraße**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte zum wiederholten Male auf die noch fehlenden Eichenspaltpfähle auf der Grünfläche hinweisen.

### **9.3. Straßenbaum im Bereich Ladestraße**

Im Bereich der Ladestraße bei der „Schnecke“ ist ein ca. 5 m hoher Straßenbaum in Schiefelage geraten. Der Bauhof möge bitte prüfen, ob hier ein Zurückbinden den Verlust des Baumes verhindert.

### **9.4. Müllgefäße im Bereich des Wochenmarktes/Rathausplatz**

Durch die Belebung der stattfindenden Wochenmärkte ist aufgefallen, dass die umliegenden Müllgefäße nicht mehr auskömmlich sind. Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob ggf. größere Gefäße oder ggf. Unterflurbehälter installiert werden können.

## **9.5. Ausbau der PV-Anlagen auf öffentlichen Liegenschaften**

Von den 500.000 €, welche für den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften eingeplant sind, wurden derzeit nur ca. 80.000 € ausgegeben.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass oftmals die vorhandene Dachkonstruktion bzw. Dachlast nicht ausreicht, um den Aufbau von PV Anlagen zu ermöglichen. Gleichzeitig hat der beauftragte Statiker zugesichert, bis Juli 2024 drei weitere statische Prüfungen zu liefern, sodass im Anschluss bis zum Ende des Jahres 2024 weitere drei PV-Anlagen beauftragt werden könnten.

Für weitere Prüfungen von Dächern der Schulgebäude soll im Anschluss ein anderes Ingenieurbüro beauftragt werden.

Der Ausschuss bittet abschließend um frühzeitige Information der Verwaltung, sollte es z. B. bei der Beauftragung von Prüfstatikern zu weiteren Verzögerungen kommen.

## **9.6. Toilettenanlage unter dem Rathauspavillon**

Ein Mitglied der SPD-Fraktion erbittet Auskunft darüber, wie künftig der Allgemeinzustand dieser für die Marktbesucher wichtigen, nicht öffentlichen Toilettenanlage verbessert werden könne. Derzeit befindet sich die gesamte Anlage in einem nicht mehr zeitgemäßen Zustand, welcher von den Marktbetreibenden mehrfach moniert wurde. Die Verwaltung möge bitte alternative Möglichkeiten prüfen.

Zuständigkeitshalber wird der entsprechende Bericht in einer der kommenden Sitzungen des HA erfolgen.

### **9.7. Baumaßnahmen im Bereich „Alte Reitbahn“**

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass heute eine E-Mail sowohl an die Verwaltung als auch an den Ausschussvorsitzenden gesandt wurde. Diese wurde von einem benachbarten Anwohner des oben genannten Neubauvorhabens eines Einzelhandel Marktes im Bereich der „Alten Reitbahn“ verfasst. Hierin wird die erhebliche Umweltverschmutzung, welche durch das Aufbringen der Fassadendämmung verursacht wird, zur Kenntnis gebracht.

Die Rasenflächen der angrenzenden Grundstücke, der öffentliche Grünstreifen sind flächendeckend mit den Styropor-Abfällen verunreinigt.

Die Verwaltung teilt mit, dass es heute aufgrund der genannten E-Mail eine Vor-Ort-Besichtigung durch den Fachdienst IV.5 und der Juristin der Stadt Ahrensburg gegeben hat.

Ein Ergebnis dieses Gespräches liegt den anwesenden Mitarbeitern der Verwaltung jedoch noch nicht vor.

### **9.8. Parkplatzfläche des ALDI-Neubaus in der Bogenstraße**

Der Vorsitzende des Ausschusses hat festgestellt, dass im Zuge des Neubaus die vormals vorhandene Grünfläche des Parkplatzes weggefallen ist. Bei künftigen Flächenversiegelungen sollte die Verwaltung die Verwendung von Rasengittersteinen empfehlen.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass es diese Anregungen seitens der Verwaltung gab, jedoch das dort geltende Baurecht eine umfängliche Flächenversiegelung ermöglichte. Des Weiteren wurde die Verwendung der Rasengittersteine für das Befahren mit den Einkaufswagen als ungeeignet erachtet.

## 9.9. Verbot von Schottergärten

Der Vorsitzende des Ausschusses bittet um Informationen, wie seitens der Verwaltung, die geltende Landesbauordnung in Bezug auf vorhandene Schottergärten innerhalb des Stadtgebietes umgesetzt wird.

Aus seiner Sicht werden die rechtlichen Möglichkeiten bisher nicht vollumfänglich durchgesetzt.

### Hinweis der Verwaltung:

**Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein  
(Landesbauordnung - LBO) vom 06.12.2021\***

#### **§ 8 Nicht überbaute Flächen der bebauten Grundstücke, Kleinkinderspielplätze**

(1) Die nicht mit Gebäuden oder vergleichbaren baulichen Anlagen überbauten Flächen der bebauten Grundstücke sind

1. wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und
2. zu begrünen oder zu bepflanzen,

soweit dem nicht die Erfordernisse einer anderen zulässigen Verwendung der Flächen entgegenstehen. Satz 1 findet keine Anwendung, soweit Bebauungspläne oder andere Satzungen Festsetzungen zu den nicht überbauten Flächen treffen.

(2) Bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als zehn Wohnungen ist auf dem Baugrundstück oder in unmittelbarer Nähe auf einem anderen geeigneten Grundstück, dessen dauerhafte Nutzung für diesen Zweck öffentlich-rechtlich gesichert sein muss, ein ausreichend großer Spielplatz für Kleinkinder anzulegen. Dies gilt nicht, wenn in unmittelbarer Nähe eine Gemeinschaftsanlage oder ein sonstiger für die Kinder nutzbarer Spielplatz geschaffen wird oder vorhanden oder ein solcher Spielplatz wegen der Art und der Lage der Wohnung nicht erforderlich ist. Bei bestehenden Gebäuden nach Satz 1 kann die Herstellung von Spielplätzen für Kleinkinder verlangt werden, wenn dies die Gesundheit und der Schutz der Kinder erfordern.

#### **9.10. Brandruine „Hagener Allee 145“**

In der Hagener Allee 1 hat vor ca. sechs Monaten ein unbewohntes EFH gebrannt. Die Brandruine ist zzt. unzureichend bzw. gar nicht gesichert. Dies führt immer wieder dazu, dass Unbefugte sich Zutritt verschaffen bzw. Kinder dies zum Spielen nutzen. Anwohner berichten auch, dass hier Spritzen gefunden wurden und sich das Gebäude möglicherweise zu einem Drogenhotspot entwickle. Die Verwaltung wird gebeten, den Eigentümer auf seine Sicherungspflicht hinzuweisen.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20:35 Uhr.

gez. Dr. Wulf-Dietrich Köpke  
Vorsitzender

gez. Claudia Cornehl  
Protokollführerin